

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: ...

Organ für die werftätige Bevölkerung ...

Bezugspreis: ...

Die Konferenz ohne Ergebnis.

Befriedigung in den Vereinigten Staaten.

Daily Telegraph berichtet aus Washington, der Appell Frankreichs an die Vereinigten Staaten, an der geplanten internationalen Kommission zur Untersuchung der russischen Lage teilzunehmen, werde in Washington sorgfältig erwogen werden.

Mit haben bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß die Haltung der Vereinigten Staaten zwar grundsätzlich aus wirtschaftlichen und idealen Gründen ent-

Der Abbau der Konferenz.

Die russische Delegation wird gegen das Verbot der Besetzung der Blockade gegen Rußland protestieren, ohne daß sie von dem Erfolg dieses Protestes die Teilnahme an den Haager Besprechungen abhängig macht.

Durch eine Interpretierung der Bedingungen der Allierten, die von dem englischen Presseschef vor der Presse erfolgte, wird den Russen die Annahme wesentlich erleichtert.

Der Abbau der Konferenz macht sich inzwischen auch im Leben und Treiben innerhalb der Stadt bemerkbar. Man vermehrt die vielen Autos mit den blauen Fahnen, als Kennzeichen für einen Delegationswagen.

Kommt Amerika nach dem Haag?

Der englische Presseschef äußerte gestern Pressedirektoren gegenüber, daß sich Lloyd George bereits telegraphisch an Washington gewandt habe, um zu erfahren, ob eine Einladung zu den Haager Besprechungen angängig ist.

Warum Deutschland ausgeschlossen bleibt.

Nach einer Neuermeldung aus Genua sagte Lloyd George auf eine Frage bezüglich der Note der Mächte an Rußland, Deutschland sei von der Haager Kommission ausgeschlossen, da es ein besonderes Abkommen mit Rußland geschlossen hätte.

Die Politik der englischen Regierung.

Im englischen Unterhause erfuhr die Regierung, die Bedingungen und den Zeitpunkt der Einladung zur Erörterung der Frage mitzuteilen, welche gemeinsame Aktion gegen Rußland unternommen werden solle.

Breitscheid über Rathenaus Politik.

In einem Praeger Blatt schreibt der U. S. P.-Abgeordnete, Gen. Dr. Rub. Breitscheid, anlässlich der letzten deutschen Reparationsnote:

Verchiebung nach links in den französischen Kreislagen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Minister des Innern veröffentlicht um 6 Uhr 30 Minuten abends die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse der Generalkonferenz.

Dollar 284.

Die Aussicht auf eine baldige Beendigung der Konferenz von Genua hinterließ bei Wochenbeginn der Börse eine größere Steigertendenz.

Sieg der Linken bei den Hamburger Elternbeiratswahlen.

Wie den „Vorwärts“ aus Hamburg mitteilt, entfielen bei den Elternbeiratswahlen auf die Liste „Sozialdemokratie“ 1317 Stimmen, während die von der bürgerlichen Partei aufgestellte Liste 699 Stimmen erlangte.

„Revison des Friedensvertrages.“

Zu den Vorschlägen von Bonn und Regnes.

Der Sachverständigenbericht über die Wiederherstellung Europas, der als Grundlage der Genueiser Beratungen dienen sollte, stellt in die Mitte seiner Betrachtungen mit Recht die Währungsfragen.

Bonn geht in seiner Schrift von der Erkenntnis aus — die einst Gemeingut der Wissenschaft war und im Begriff steht, es wieder zu werden — daß eine günstige (besser: ausgeglichene) Zahlungsbilanz die unumgängliche Voraussetzung für die Stabilisierung der Währung ist.

aus Auslandsanlagen und Schiffstrafen zur bequemen Deckung des Defizits vorhanden sind. Aber er unterschätzt meines Erachtens doch die selbsttätige Gegenwirkung in der Volkswirtschaft, die früher oder später zu einem Ausgleich führen müsse: die Einschränkung der Einfuhr und die Förderung der Ausfuhr, die durch ein Sinken des Marktkurses bewirkt werden. Mag sein, daß infolge der Unentbehrlichkeit gewisser Waren für Deutschland diese automatische Gegenwirkung sich nur langsam durchsetzt (obwohl im Frühjahr 1921 vor dem Beginn der Reparationszahlungen der Markkurs beinahe seinen damals „natürlichen“ Paritätstand erreicht hatte! Wenn erst einmal die ungeheuren Gewinnmöglichkeiten, die gewisse Volksschichten aus der Entwertung des Rentenkapitals gezogen haben, verschwinden werden, wird sich die Lebenshaltung des deutschen Volkes auf das Niveau der Produktivität seiner Wirtschaft einstellen, niemand wird Auslandswaren kaufen können, und kein Ausländer wird uns noch hängen.

Aber freilich, darin hat Bonn Recht, so lange noch Reparationszahlungen von annähernd drei Milliarden Goldmark auf uns lasten, ist keine Aussicht, daß sich dieser selbsttätige Ausgleich in absehbarer Zeit vollzieht; geschieht er aber nicht bald, so tritt eine Zerrüttung der Verhältnisse, ein Sinken der Produktivität ein (wie in Oesterreich), das ein Auskommen aus eigener Kraft unmöglich macht. Auch die Entente sollte sich aber klar darüber sein, daß, wenn Deutschland schon imstande wäre, seinen Verbrauch um mehr als drei Milliarden Goldmark einzuschränken (d. h. mehr als 10 Prozent seines Einkommens), doch die Welt nicht imstande ist, solche Warenwerte aufzunehmen. Erst nach Reorganisation der Weltwirtschaft kann eine solche Erweiterung unseres Absatzes allmählich erfolgen. Die Konsequenz ist, daß die 720 Millionen Goldmark, die wir nach dem Diktat der Reparationskommission bar zu zahlen haben, durch eine internationale Anleihe für einige Jahre uns geliehen werden müssen; nur die Sachleistungen im Werte von 1450 Millionen Mark, die man glücklicherweise wohl nur zum Teil von uns fordern wird, können wir allenfalls bewirken, obwohl davon eine Minderung unserer Ausfuhr zu befürchten ist. In diesen Jahren, in denen wir von jeder Barzahlung befreit sind, wird sich die Valuta auf der Höhe der Inlandsaufkraft stabilisieren (das sind 100—150 Mark für den Dollar), wird sich die deutsche Wirtschaft reorganisieren, ihre Produktivität sich heben, so daß dann an eine Erhöhung der Reparationszahlungen gedacht werden kann. Die Sicherstellung der oben erwähnten Anleihe erfolgt dadurch, daß in einigen Jahren die Zahlungen aus dem sogenannten „Ausgleichsverfahren“ aufhören (d. h. die privaten Vorkriegsschulden ans Ausland getilgt sind), so daß die 200—400 Millionen Goldmark, die bisher jährlich darauf verwandt werden mußten, zur Verfügung stehen.

Es soll natürlich nicht geleugnet werden, und auch Bonn tut dies nicht, daß der Ausgleich des Etats für die Valutastabilisierung von großer Bedeutung ist. Hier liegt eben ein gefährlicher Fehlfuß vor: solange der Markkurs dauernd sinkt, kann der Etat nicht geordnet werden, solange dieser nicht geordnet ist, kann der Markkurs nicht reguliert werden. Denn jede Vermehrung der Notenausgabe führt zu einer Erhöhung des inländischen Preisniveaus und damit auch zu einem Sinken des Außenwerts der Mark. Diefelbe Folge tritt übrigens, wie gegen Bonn bemerkt werden muß, auch ein, wenn die schwebende Schuld durch Begebung von Schatzwechseln auf den Markt vergrößert wird; denn auch der Teil, der vom Publikum aufgenommen wird, wird überwiegend mit Hilfe von Kredit übernommen, den die Banken aus dem Nichts schaffen.

Daraus folgt, daß eine vollständige Regelung der Währung nur erfolgen kann, wenn neben den außenpolitischen Maßnahmen im Innern ein Finanzprogramm durchgeführt wird, das im Falle des Gelingens jener die Befriedigung der verbleibenden Reparationsschulden

usw. übersteht. Zwar setzt der deutsche Etat, wenn man diese ausschaltet, Ueberflüsse; aber zur Finanzierung der in jedem Falle verbleibenden Sachleistungen und Ausgleichsverfahrensschulden muß die Zwangsanleihe herangezogen werden. Zu ihrem Erlaß müssen also für 1923 neue Steuern geschaffen werden. S. N.

Der Postetat im Reichstag.

Ein Schreiben des Ministeriums des Innern, worin die Genehmigung zur Straferfolgung gegen den Abgeordneten L. H. A. S. (Komm.) wegen Verletzung nachgeschickt wird, geht an den Geschäftsordnungs-Ausschuß.

Die Beratung des Etats des Postministeriums wird beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. J. Heibel (N.-So.) bemerkt, daß die Sparkommission fruchtbringende Arbeit leisten kann. Notwendig ist in erster Linie die Verringerung des Aufsichtspersonals, das auf Kosten der Arbeitsblumen unterhalten wird. Jede freie Initiative wird bei der Post durch die große Zahl der Verwaltungsbeamten gehemmt. Mindestens 2000 höhere Beamte sind leicht durch mittlere zu ersetzen. Unter diesen Umständen wird trotz aller Tarif-erhöhungen der Etat nicht ins Gleichgewicht kommen. — Der Redner kritisiert dann die bekannten monatlichen Dreierkreise der höheren Beamten, die auch nicht durch vorzuschickende ihre Untergebenen zu zwingen, etwa eine Gläubigerschuld nach Doorn zu unterschreiben. Durch den Erlaß des Ministers über die Neuwahlen der Beamtenauschüsse sei neue Energie in die Beamtenschaft hineingetragen worden, weil ihr dadurch der letzte Rest ihrer gesetzlichen Rechte genommen werden soll. Vielfach werden Beamte verletzt oder gemahnt, nur weil sie außerhalb des Dienstes von ihren kantsbürgerlichen Rechten Gebrauch gemacht haben. Große Ungerechtigkeiten und Härten werden herbeigeführt durch die Art, wie man verheiratete Leute bei der Post entläßt und zum Teil sogar durch junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren entläßt.

Abg. Morath (Dt. Volk.) beklagt die falsche Personalpolitik der Post für die er den Minister aber nicht verantwortlich machen will. Vor der Entlassung überzähliger Helfer darf die Postverwaltung nicht zurücktreten. Sie muß vielmehr rücksichtslos durchgreifen, wo Einsparnisse notwendig sind. Notwendig ist eine Reform der Verwaltung und des Postverkehrs auf dem flachen Lande. Den Postagenten muß mehr soziale Gerechtigkeit widerfahren. Die Beamtenauschüsse werden nach den Bestimmungen des Amtsblatts 31 ihre großen Aufgaben kaum erfüllen können. Im übrigen gibt der Redner seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen ist in mancher Beziehung den Postbetrieb wieder vorbildlich zu machen.

Reichspostminister Giesberts:

Die Erfahrungen des Rechnungsjahres 1921 berechtigen uns zu der Annahme, daß mit den Gebührensätzen vom Januar wieder der Ueberflusse erzielt werden können. Durch die Beschlagnahme der Post 9 Milliarden Markausgaben, und durch die Erhöhung der Materialpreise noch 3 Milliarden, insgesamt also circa 12 Milliarden Mark mehr zu tragen. Darum sind Einsparnisse und höhere Tarife unbedingt notwendig. Nach der neuen Vorlage soll die Posttarife im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,50 Mk., der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mk., im Fernverkehr je nach Gewicht 3 Mk., 3,50 und 4 Mk. kosten. Das Drucksachen-Porto soll mit 50 Pfg. beginnen. Der kürzeste Ringzug des Postverkehrs nach der letzten Erhöhung ist nicht eingetreten. Im März haben sich die Einnahmen gegen den Voranschlag bedeutend gehoben, wenn auch in einzelnen Gebieten ein Rückgang eingetreten ist. Beim vorliegenden Etat mußten wir rund 14 Milliarden Mark Einsparnisse machen. Insbesondere wird die Frage zu prüfen sein, wie die achtstündige Arbeitszeit reiflos ausgenutzt werden kann.

Die Posthelfer werden nicht, wie behauptet wurde, einfach auf die Straße gestellt. Der länger als fünf Jahre bei uns bestehende Vertrag mit einer vierwöchigen Kündigung und demselben als Abfertigung einen Monat Gehalt. Die Posthelfer sind dankbar und loyale, und es geht, ist für sie geordnet worden. Aber wir sind gezwungen, langsam wieder Ordnung in diesen Verhältnissen zu schaffen. Die Helferfrage muß wieder in die richtigen Bahnen gelenkt werden, zumal die Post, sobald besondere Bedürfnisse auftreten, und für bestimmte Perioden auf Hilfskräfte angewiesen ist.

Die Anbahnung der Beamten an einzelnen Stellen erklärt sich daraus, daß die Beamten aus den abgetretenen Gebieten möglichst in der Nähe ihrer alten Heimat bleiben möchten. Auf solche Wünsche müssen wir Rücksicht nehmen. Wir hoffen, daß bald ein Weg gefunden wird, um die gerechten Forderungen der mittleren Beamtenschaft zu befriedigen und daß die Frage der verheirateten Beamtinnen, vor denen schließlich behauptet wird, sie täten ihre Pflicht nicht mehr, geregelt wird. Der Minister geht dann auf einzelne Beschwerden ein und sagt dann weiter, daß mit der Besserung der Verhältnisse anderer Wirtschaftszweige auch im allgemeinen die Ausgestaltung des

Postbetriebes Schritt gehalten hat. Das Wirtschaftswachstum ist ein und Verantwortungsgesühl bei Beamten und Angestellten sei wiedergekehrt. Die Postausfälle seien gegenüber 1920 auf ein Zehntel zurückgegangen. Der Telegraphen- und Telefonverkehr habe eine sehr erhebliche Ausdehnung erfahren, die Zahl der Ferngespräche sei um 50 Prozent gestiegen, und gegenwärtig seien 500 Postautomobile in Betrieb. Mit den Postverwaltungen der anderen, auch der ehemals feindlichen Länder hat sich ein gutes objektives Zusammenarbeiten ergeben. Der Ausbau der technischen Einrichtungen, insbesondere des Fernsprecheverkehrs, wird nach besten Kräften gefördert. Auf diesem Gebiete darf nicht allzuweit zurückgegangen werden. Unser Streben geht dahin, möglichst vollkommene technische Verkehrsmittel zu haben. Wenn die Gelder dafür nicht aufgewandt werden, so wird großer wirtschaftlicher Schaden entstehen. Der Postbetrieb beginnt die alte Höhe zu erklimmen und war im November des Jahres 1920 nur noch wenige Prozent hinter dem Verkehr im Jahre 1913 zurück.

Abg. Debus (Natl.) fordert die Aufrechterhaltung der Rentabilität der Postbetriebe, was aber nicht mit Hilfe der Erhöhung des Verkehrs erreicht werden könne. Die Kritik an der Verwaltung sei nötig, dürfe aber nicht zu ungerechten Ansprüchen führen.

Staatssekretär Lenz: Es ist falsch, daß zu viel Verwaltungsbeamte im Postwesen getan wird. Nur 52 Prozent der Gesamteinnahmen werden für Verwaltungsbeamte verwendet.

Abg. Bendemann (Komm.): Im Postwesen seien wir überall nur Misserfolg. Der Minister sollte sich klar und deutlich zum Sachstand bekennen. Der Minister sollte Vertrauen zu den Unterbeamten, den Arbeitern haben und sich nicht immer von der Bürokratie bei seiner Personalpolitik einwickeln lassen. Das kann er ruhig dem General Gröner überlassen.

Schwere Ausschreitungen in München.

München, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Einweilung der Münchener Gemeindeführung wurde gemäß der Aufforderung der „Münchener Abendzeitung“, die beabsichtigte Teilnahme des Reichspräsidenten durch Herunterholen der schwarz-rot-goldenen Fahne zu beantworten, vom Münchener nationalistischen Straßenpubel enthusiastisch begrüßt. Das System Rahr hat aus ganz München die schwarz-rot-goldene Fahne völlig verschwinden lassen. Selbst der sozialistische Stadtrat vermied es, eine andere als die bayerische Reichsfahne zu legen. Nur konnte die feierliche Eröffnung der Gemeindeführung, welche doch Sache des gesamten Reiches ist, natürlich nicht ohne die Hissung der Reichsfahne von statten gehen. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde nun der Randalaber am Hauptbahnhof von einem wohlorganisierten Trupp eifriger, die schwarz-rot-goldene Fahne mit Petroleum übergossen und verbrannt. Der Vorgang spielte sich in wenigen Sekunden ab. In dem Augenblick, in dem die Fahne aufkam, kinnete der nationalistische Haufe das Deutschlandlied an. Die Polizeiwache erschien natürlich zu spät und verhaftete nach gewohnter Art zwei Männer, die sich als Republikaner bekamen. Die bürgerliche Presse meldet Schlägereien und Steinwürfe auf die Demonstranten. Wie uns versichert wird, wies in dieser Nacht auf dem absperrten Bahnhofspfad kein einziger Stein vorhanden. Die Steine können also nur von dem nationalistischen Haufen, der sein Feldstück im übrigen sorgfältig vorbereitet, geschleudert worden sein.

Auch der gestrige Sonntag stand im Zeichen des nationalistischen Terrors. Am Vormittag überfiel ein Trupp der „christlichen“ Studenten eine Gruppe ihrer jüdischen Kollegen in der Brunnenerstraße und mißhandelte diese in unerhörter Weise. „Zusätzlich“ lockerte sich außerdem der Mechanismus der zweiten Anstich erzeugenden schwarz-rot-goldenen Fahne vor dem Ausstellungsgelände. Die Fahne fiel herunter und wurde in den Schutt geworfen.

Die neuerdings mit aller Kraft einsetzende Hege gegen Republik und Reichsregierung scheint ihre Früchte zu tragen. Vor allem die maßlose Ausschüchtlung des Eisener-Prozesses durch die bürgerliche Presse hat die Gemüter neu erregt. So schreibt z. B. die bayerische Volkspartei in der Post: „Auf der Anflagebank seien nicht allein Eisener und Genossen gefesselt, sondern die gesamte deutsche Erfüllungspolitik, die gesamte auswärtige Reichspolitik und mit ihr der Reichspräsident selbst Matthias Erzberger.“ Die Tubenkeite geht neuerdings sogar so weit, daß bürgerliche Studentenorganisationen, wie z. B. der „Lund Oberland“ in Zusammenhang mit der „Frankfurter Zeitung“ (!) und dem Berliner jüdischen Großkapital gebracht werden. Der Geist Rittingers wird im „Münchener Anzeiger“ wachgerufen und zu schamloser Hege gegen das Reich angehetzt. — Unter diesen Umständen kann man es dem Reichspräsidenten nicht übel nehmen, wenn er zunächst darauf verzichtet, die so würdig eingeleitete Münchener Gemeindeführung zu besuchen.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

ist zum 15. Juni zu einer Sitzung einberufen. Er wird sich mit der Vorbereitung des Parteitagges beschäftigen, der beabsichtigt in der zweiten Septemberhälfte in Augsburg stattfinden wird.

Das neue Karthago.

Von Georges Gekkon.

Die Polizei patrouilliert jede Nacht in diesen Klotten, deren Atmosphäre einen Patrimonienerger beizubehalten hätte. Von Zeit zu Zeit wurde eine ganze Menge fortgeführt, jede Nacht aber wurden wiederum einzelne herausgeholt. Unter Kontrakt des Dares hielt der Kollist den Schlichter den Straß seiner Biendelektre unter die Kofe. Hatte er keine Wahl getroffen, so schickte er den zünftigen Sozialisten, und ihn fast gefesselt ein, anzufassen und sich anzusehen. Der Mann geriet trüblich, indem er knarrte wie ein Bar mit einem Metallklotz. Dann ging er hinaus, gefolgt vom Kollist. Diese Formallität wiederholte sich so oft, daß die anderen kaum ein Auge schloßen oder nachdem sie dem Kommanden und seinem Begleiter häßliche „Städtische Reize“ gemischt hatten, ruhig wieder einzuliegen. Morgen wird vielleicht die Reihe an ihnen sein. Es gibt in auch „Jota Sadows“ für ihr Gewerbe wie für jedes andere! Und in einer Zeit der Arbeitslosigkeit kann man diese Tage ohnehin im Polizeigewandeln oder in der Beamtenschaft verbringen!

Gebaut es anfang hell zu werden, erziehen der Herbergswater an der Art des Schlägermeistes, und nachdem er gefesselt und angefaßt hatte, ließe er mit einer Umarmung, die ein wenig unheimlich klang wie die eines Kollistens bei einer Verleumdung: „Die Männer auf! ... Eins ... Zwei ... Drei!“ Dann machte er ohne jede weitere Aufforderung die Gurtel los, an denen die Straßhüte hingen, und die ganze Masse der Schlichter fiel durch den Boden, so daß die meisten der Straßhüte durchschlugen wurden.

Da vorne ein Stenograph im Zubehören der Justizpolizei geriet war und lange Stunden bei den Richterlichen und den Gerichtsverhandlungen über die Losen ihrer Kampagnen hatten, und da er gefesselt an dem Versteck mit dem Kommanden hatte, das gerabert und Ebenen nach, so war es eigentlich ein Wunder, daß er nicht schon längst in die eine oder andere Koffere dieser Straßhüte geworfen worden war, die das Stadthaus in Schrecken versetzte.

Er konnte nicht als einen Angehörigen dieser beständigen Massen, die so in den Schützengängen an der Grenze der weltlichen Grenze aufstehen: an Gewandern im Dschel, im

Kesseln, im Kesseln. Die Politiken konnten ihn, weil sie ihn als ein Original, einen verdrehten Menschen, einen harmlosen Karren betrachteten. Sie wachten mehr über ihn, als sie ihn überwachten, trotzdem er so ausgesuchte Spionagen als Kameraden hatte wie die ansehnlichsten zünftigen Straßlinge mit den Spitznamen „Hering“, „Ochse“, „Klosterbühne“.

Auch er hatte einen Spitznamen erhalten. Es war übrigens nicht der erste; denn ehemals, als er noch in seinen Kreisen lebte, hieß er Scharf, Saint-Gardier, Felicitas und sogar Regina, die letzten, als er kein ein einziges Wort sprach, ihn den „Bauer“ genannt. Dem gemeinen Volk, mit dem er jetzt verkehrte, fehlten dagegen keine Heinen, weichen Hände, der Schwung seiner Damentüte, die Feinheit seiner Glieder auf, und so wurde er für die Heiligen mit dem unglücklichen Namen, für die strengen Richter mit dem breiten Namen und dem schwarzen Bandament der „Junker“.

Wie war es möglich, daß er von all diesen Gefunden geliebt wurde, so man doch eher hätte erwarten dürfen, daß man ihn eines Morgens in einem Blute im Hinterhof einer Penne aufgefunden oder aus dem Schlamme der Straßen herausgezogen hätte, den Rauch von voller Luft?

In diesen Niederungen besch man vielmehr eine Art abergläubischer Achtung und Sympathie für ihn. Man hatte übrigens keine Distinktion auf die Probe gestellt, und er hatte sie ehrenvoll bestanden. Der Geist der Widerständigkeit näherte diesen Des-Karrieren den Verbrechern.

Um ihren Kampfsinn zu reizen, um ihre zu pathetische Grinsen zu rechtfertigen, ihre kritische Über-anwachen, ihre blühenden Kassen zu reizen und widerlichem Wahnsinn anzuhängen, erzählte er ihnen in den Stunden der Ruhe aus den Büchern, die er früher gelesen hatte, und erläuterte ihnen Schale-ppeare nach ihrem Sinne: Othello, Macbeth, den König Lear; besonders aber erzählte er ihnen von dem mörderischen Krieg der beiden Kofen, den Königen und den Königinen der Sühne-Prinzenregeln, die in Hebetum wie in Verbrechen granfam wie Tiger waren.

Wahr als einmal, wenn er ihnen aus solchen Büchern vor-gelesen hatte und gleichsam erwartete, daß sie beständig Beifall, des Karrens dieser Gläubiger, des Karrens dieser eben so wie die Karer unermesslichen Geden, wenn es ihm, als habe kein Karren in die Weltlichkeit gegeben.

Unter diesen Schlingeln hielten sich die Beierabendstunde der Junker für die Weltbewerber an den Sonntagen, und es

geschah wohl auch, daß Lorenz dazu gehörte und, den Beutel mit der heiligen Taube zwischen den Zähnen, mit nackten Füßen elastisch davonlief wie ein Held der Palästra.

Er entbedte den Photographen, der von der Justiz beauftragt war, die Verbrecher nach ihrer Verurteilung anzunehmen, und er kaufte sich einen Abzug der ganzen Sammlung. Mit billigerer Freude verließ er sich in die Betrachtung dieser Typen, dieser diplomierten Straßler der Bourgeois, und vergaß sie ohne Vorurteil mit der Bronze, dem Marmor und sogar dem lebenden Ebenbild der herrlichen Entwürfen, Managels goldener Buchstaben, wie sie auf den Denkmälern die Erkenntlichkeit der Bürger ausdrückten, trat der Name des Verurteilten in weißen Buchstaben auf der Brust jeder Photographie hervor. Diese Inschrift schien sogar das arme Bild des Subjekts an den Schandpfahl zu stellen und mit dem glühenden Eisen zu stigmatisieren. Auf der Rückseite der Karte fanden das Signalement, der Spitzname, der Geburtsort, die Nummer des Arrestloches und der Gegenstand der Anklage. Lorenz amüsierte es, wie die Physiognomien täuschen konnten.

Als ein Ladenfräulein von sechs Bauern der Banneise dergewaltigt worden war, lehrte er oft in die banale Kneipe ein, von wo die Schlingel ihren Zug unternommen hatten. Er interessierte sich für die häßliche Chaussee mit ihren Karren, ihrem schändigen Dicksch, ihren Heinen Anhöfen, ihren Reizen schändlicher Bäume mit abgetriebener und zerstückelter Rinde.

Mit Hilfe seines Albums berühmter Verbrecher erkannte er einen jener Heiden in einem Buchen von achtzehn Jahren, der vom Hofhof verurteilt, dann aber dank dem Hofrechtsrecht wieder freigelassen worden war. Wenn schon die sehr ähnliche Photographie dieses dem Justizhaus Entschliffenen, eines jener Bilder, an denen Paradies immer wieder zurückkehrte, ihm wegen der fast keraphischen Ähnlichkeit des Gesichtes rätselhaft vorkam, so erschien ihm der entlassene Straßling noch harmloser; und ansprechender, als er ihn selbsthaftig sah. Aus dieser Seele sprach nichts Dämones oder auch nur Verächtliches. Ein kleiner Bauer, ruhig und sauber, fleißig, schlank, große, blaue, helle, helle Augen, ein leichter Flaum auf den Wangen, die Nase ziemlich dick und mit erhabenen Flügeln, ein eigenartiger Mund, seine, blonde, glatte Haare, regelrecht gekleidet auf der Seite — nur eine rebellische Locke über dem Ohr —; bekleidet mit einer Weste und einer Hose aus gewirtem, rötlichem Velour, mit Holzkohlen wie ein Kutschmann, ein rotes Tuch wie ein Stirnband um den Hals gebunden; das stolpische Aussehen eines Chorknaben, der beim Anstellen des nicht würde. (Schluß folgt.)

Bergbaufragen im Landtag.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Simberg (Soz.): Der Ausschuss hat den Haushalt fast unverändert genehmigt. Der Fonds für Belohnungen der Bergbeamten wurde auf 900 000 Mark erhöht. Angenommen wurde eine große Zahl von Anträgen, die die baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Umstellung der Staatsbergwerke fordern, andere Anträge betreffend die Vorschläge der Betriebsräte bezüglich Reformen im Betriebe, Förderung des Bergmanns-Wohnungsbaues, des Rettungswesens, des Fortbildungsschulwesens und die Ernährung der Bergleute.

Handelsminister Stiering:

Die Zahlen des Entwurfs sind überholt und lassen sich nicht ausrechnen. Trotz aller Anstrengungen ist die Lage auf dem Gebiete der Rohstoffförderung schlecht, obwohl der März der weitaus günstigste Monat für die Produktion war. Die Gesamtproduktion der Erde ist im Jahre 1921 gegenüber der Produktion von 1920 um 150 Millionen Tonnen zurückgegangen. In Deutschland ist in demselben Jahre eine Mehrproduktion eingetreten. Dieser an sich günstigen Produktionslage stand leider eine weniger günstige Eisenbahnverkehrsfrage gegenüber, so daß die Belieferung der Industrie unzureichend war. Der Hausbrand befand sich, zumal bei der ungewöhnlich langen Dauer der kalten Witterung in der denkbar schlechtesten Lage. Unter diesen Umständen hat sich die Einfuhr ausländischer, besonders englischer Kohle, erheblich gesteigert. Das Bild wird noch unglücklicher, wenn die Trennung in Oberschlesien vollzogen wird. Wir müssen daher zur Anlage neuer Bergwerke schreiten. Es liegen bereits Pläne zu bisher unerschlossenen Bergfeldern in Oberschlesien vor. Obwohl bei der allgemeinen Teuerung eine Rentabilität nicht zu erwarten ist, müssen wir an diese Aufgabe herangehen. Wir müssen alles tun, um Leben und Gesundheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erhalten.

H. Dierroth (Soz.):

Wir brauchen eine schnelle Umgestaltung der bureaukratischen Bergverwaltung. Leider liegen gerade die Räte des Ministers dieser Umstellung den größten Widerstand entgegen. Nicht die Minister ist es, diesen Querschnitt energisch entgegenzutreten. In unserer Kohlennot ist zuletzt nicht die Verkehrsnot schuld. Allein im Ruhrgebiet ist durch das Verlegen der Eisenbahn ein Ausfall von 4 bis 5 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Wenn man die schon längst geforderten Tonnenkippenwagen eingeführt hätte, könnte die Verkehrsnot wesentlich gemildert werden. Es ist an der Zeit, daß das Reichsbergwerksministerium sich auf die Bedürfnisse des Bergbaues einstellt. Der Redner wendet sich dann gegen die herausfordernde Sprache, die die Bergwerkszeitung gegen die Bergarbeiter und ihre Lohnforderungen führt. Bei uns sind die Weltmarktpreise für Kohlen erreicht, weil mit der neuen Kohlensteuer, Umkehrsteuer usw. etwa 45 Prozent Steuerertrag auf der Kohle liegen. Wo sollen Hausbrand und kommunale Betriebe bei solchem Kohlenpreis hinkommen? Im Ruhrgebiet kostet heute ein Pfund Kohlen mehr als eine Pfunde guten Reichsfinanzministeriums. (Heiterkeit links.) Es ist unmöglich, daß die Kohle so maßlos bepreuert wird, daß die monatliche Kohlensteuer die Monatslohsumme im deutschen Kohlenbergbau um 3 Milliarden Mark übersteigt. Für unsere Verhältnisse am Bergbau in Oberschlesien müssen wir ersichtbar werden. Im Osten dürfen wir nicht von polnischer Kohle abhängig werden. Wir verlangen eine Einheitspolitik der gewerblichen Rechtsprechung im Bergbau, da das Vertrauen der Arbeiter in die Bergwerksbeamten als Bergwerksrichter gleich Null ist. Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet ist nur mit Mühe und Not vermieden worden. Die Ursache der Differenz lag in der Frage der Behandlung des 1. Mai und 9. November als politische Feiertage. Die Vermittlungskommission des Reichsarbeitsministers scheiterte an dem Widerstand des Besenverbandes. Hätte man ein klein wenig Entgegenkommen gezeigt, dann wäre auch der Ausfall im Dortmund Revier vermieden worden.

Abg. Steger (Ztr.) bekräftigt die Erklärung des Ministers, daß er mit allen Mitteln die Vorlage des Gesetzesentwurfes zur Umstellung der staatlichen Bergwerke erzwingt und erklärt, daß seine Partei mit dem grundsätzlichen Gedanken einverstanden ist, aber wünscht, daß eine Vermehrung des Beamtenkörpers und die Schaffung einer neuen Art von Bureaunkratismus verhindert wird. Der Redner wünscht, daß sich die Presse besser über die Zusammenfassung des Kohlenpreises unterrichtet, daß die Arbeitgeber in Zukunft nicht wieder so kurzfristig seien und bei den Ministern einen Tag vom Urlaub absehen und daß die Kartellverfolgung der Bergarbeiter eine bessere wird.

Abg. Köpfer (Dnt.) führt die Verschärfung des Kohlenmarktes auf die Entente zurück und dankt dem Minister dafür, daß er die vorbereitenden Maßnahmen zur Umstellung der Betriebe ergreifen hat. Die Bergwerke Oberschlesiens müssen bei Preußen verbleiben. Daher können wir nicht wünschen, daß ein neuer Gliedstaat Oberschlesien entsteht. Die Oberschlesier werden doch zu würdigen wissen, was ihre Heimat den großen preussischen Königen verdankt. (Große Unruhe auf der äußersten Bank. Leb. Beifall rechts.)

Hierauf wird die Beratung beschlossen.

Das deutsch-polnische Abkommen unterzeichnet.

Aus Genf wird gemeldet: Gestern nachmittag wurde das deutsch-polnische Abkommen über die Regelung der Übergangsverhältnisse in Oberschlesien von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der Republik Polen in öffentlicher Sitzung unterzeichnet.

Präsident Calonder eröffnete die Sitzung mit einer langen Ansprache, in der er die oberste Frage als eine der schwersten bezeichnete, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe. Im Verlaufe seiner im übrigen sehr optimistischen Ausführungen schloß er die deutsch-polnischen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten, hob die Persönlichkeiten der Bevollmächtigten und die Schwierigkeiten der Verhandlungen hervor und sprach die Hoffnung aus, daß der nunmehr abgeschlossene Vertrag eine gedeihliche Entwicklung Oberschlesiens gewährleisten müsse. Hierauf ergriff Reichsminister a. D. Schiffer das Wort.

Er führte in seiner Rede u. a. aus: Auch ich bekenne mich mit dem Präsidenten der Konferenz zu dem Grundsatze der Verständlichkeit. Wohl sehe ich auch rückwärts zu meinem Volke, fühle mich überall und immer als Deutscher und jetzt in der Zeit des Unglücks mehr als je. Aber mit der Treue zu seinem Volke ist es durchaus verträglich, die Zugehörigkeit zu der großen Menschheitsfamilie nicht zu vergessen. Die Zeit ist gekommen, um die Brücken zwischen den Völkern neu zu schlagen, die der Krieg zerstört hat. Wie der einzelne seinen Berufsvollzug vereintigt muß mit dem sozialen Empfinden, so muß auch jedes Volk, unbeschadet seiner ethnologischen Eigenart, sie ergänzen durch internationale Beziehungen und Bedingungen. Wir verstehen daher, Herr Präsident, Ihre Befriedigung, aber während sie ansteigt und vollkommen ist, darf die unsere es nicht sein und kann es nicht sein. Es wäre unmöglich und unwürdig, das nicht an diesem Orte und in dieser Stunde offen und frei anzusprechen. Was uns leidet der Anseh, der zu diesem Vertrag führte. Die Beschlüsse selbst (soeben die oberste Frage) als eine der schwersten, die der Vertrag von Versailles aufgeworfen habe. Sie haben damit die Wunde berührt, die uns trennt. Der Akt, den ich jetzt unterzeichnen werde, ist der letzte Akt einer Tragödie, die aber für uns nicht ein bloßes Schauspiel, sondern ganz reale Wirklichkeit ist. In den Verhandlungen nach Genf hat uns nicht die freie Betätigung des eigenen Willens geführt, sondern der Zwang der Entscheidung vom 20. Oktober 1921. Die Reichsverwaltung, gegen die sie eingelegt wurde, besteht fort. Sie

wird durch meine Unterschrift unter den vorliegenden Vertrag nicht berührt. Aber die Tatsache, daß mit dieser meiner Unterschrift, wenn sie die verfassungsmäßige Zustimmung des deutschen Reichstages erhält, der Tag näher rückt, der die Abtretung eines großen Teiles Oberschlesiens zur Ausführung bringt, der abermals Tausende von treuen Deutschen vom deutschen Volke trennt, zerreiht uns sofort und läßt keine wahre Genugtuung, keine echte Befriedigung, bei uns aufkommen. Immerhin, das Wesen des geschichtlichen Augenblickes besteht darin, daß er nicht bloß das Ende, sondern zugleich auch der Anfang ist. Deshalb dürfen wir, um dem Augenblick gerecht zu werden, nicht bloß in die Vergangenheit schauen und nicht bloß an der Gegenwart haften, sondern müssen unseren Blick auch in die Zukunft richten. Sie ist dunkel und feiner wird, mögen, über sie zu prophezeien. So können wir aber nur sagen, daß wir, was in unseren Kräften gestanden hat, getan haben, um Bedingungen zu schaffen, unter denen der Volkstörper trotz der Wunden, die ihm die Vergangenheit geschlagen hat, fortleben kann. Wir vermögen im übrigen nur zu wünschen und zu hoffen, daß unter Wert eine tragfähige Unterlage für das Gebeihen Oberschlesiens, die Anknüpfung guter und aufrichtiger Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und den Anfang einer Neugestaltung der Verhältnisse bedeuten möge, wie Sie, Herr Präsident, sie wünschen und mit Ihnen der größte Teil der Welt. Denn die Welt ist der diplomatischen Künste und Schachzüge müde. Sie will arbeiten, Werte schaffen und die erregten Gitter austauschen. Sie verlangt lehrföhigen Herzens nichts anderes als Recht, Ruhe und wahren Frieden.

Nachdem Schiffer unter dem Beifall der Versammlung keine Rede beendet hatte, entwarf der polnische Bevollmächtigte Dlugowski ein ausführliches Bild der Verhandlungen über das oberste Problem. Er rühmte die durch die Vorkonferenz getroffene Entscheidung, bezeichnete die oberste Frage als durch das gegenwärtige Abkommen endgültig gelöst und dankte sehr lebhaft dem Völkerverband für die Rolle, die er bei den Verhandlungen gespielt hat.

Zum Schluß beglückwünschte der Generalkonferenz des Völkerverbandes, Sir Erik Drummond, die beiden Bevollmächtigten und den Präsidenten der Konferenz, worauf Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Dlugowski die drei aufgelegten Exemplare des Vertrages unterzeichneten. Nachdem auch das Protokoll unterzeichnet war, erklärte Präsident Calonder die deutsch-polnische Konferenz für beendet.

Gewerkschaftsbewegung.

Die schlesischen Metallarbeiter zu Kampfe in Süddeutschland.

Am Sonntag, den 14. Mai nahmen Vertreter aus allen Gewerkschaften Schlesiens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stellung zum Kampf ihrer Berufscollegen in Süddeutschland. Nach ausführlichem Bericht und eingehender Aussprache fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Am 14. Mai 1922 in Breslau tagende Konferenz der Bevollmächtigten und Kassierer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des Bezirkes Breslau nimmt Kenntnis von dem Verlauf und gegenwärtigen Stand des Kampfes in Süddeutschland. Im Interesse der notwendigen und berechtigten Durchführung dieses Kampfes verpflichten sich die Konferenzteilnehmer, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die gesamten Mitglieder in den einzelnen Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer erforderlichen Pflichten anzuhelfen.“

Internationale Tagung der sozialen Baubetriebe.

Im Anschluß an die Tagung des Deutschen Bauarbeiterverbandes findet auch eine Zusammenkunft von Vertretern deutscher und ausländischer sozialer Baubetriebe statt. Zugaben dazu sind bereits aus England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich und Schweden eingegangen. Es handelt sich um eine Aussprache über die in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen, sowie über eine internationale Vereinigung der sozialen Baubetriebe zur gegenseitigen Unterstützung in ihren lebenswichtigen Fragen. Es hat sich nämlich gezeigt, wie unzureichend die sozialen Baubetriebe dem Bauunternehmertum geworden sind, weil sie preislosend wirken, ihnen also die Geschäfte verderben, und es wird mit aller Kraft versucht, den sozialen Baubetrieben das Leben schwer zu machen. Dagegen erkennen die Bauherren und auch die Behörden gerade wegen der preislegenden Wirkung des Wert der sozialen Baubetriebe erfreulicherweise immer mehr an.

Holzarbeiteransperrung in Mitteldeutschland.

Der Unternehmerverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Bezirk Süd-Hannover, Braunschweig, Kassel und das nördliche Thüringen beschloß, in einer Vertreterversammlung zu Nordheim die Ansperrung der Arbeiter in diesen Bezirken, nachdem die seit Anfang Mai geführten Tarifverhandlungen zu keinem Uebereinkommen führten und die Arbeiter verschiedener Betriebe in einzelnen Orten in den Streik traten.

Zentralverband der Lederarbeiter Deutschlands.

Wegen Nichtanerkennung eines vom Schlichtungsausschuß Schweidnitz gefällten Schiedsspruches durch die Firma ist die gesamte Belegschaft der Lederwerke D. Bartsch, Schweidnitz, Niederstadt (Chrom- und Lederberei) in den Streik getreten. Zugang ist streng ferngehalten.

Auflösung in Deutschland.

Unter dieser Überschrift lesen wir in dem amerikanischen Arbeiterblatt „St. Louis Labor“: „Seit wir den deutschen Arbeiter, selbst die besser bezahlten, weniger als die Russen in St. Louis, die diesen als die schlechtest bezahlten Arbeiter der Welt angesehen wurden. Nach den Angaben der Weltwirtschaftlichen Nachrichten“ ist der durchschnittliche Tagelohn eines Metallarbeiters, die noch verhältnismäßig gut entlohnt sind, etwa 100 Mark. Der stamische Lohn beträgt täglich 1 Taler, gleich 100 amerikanischen Centes oder 100 Mark nach dem gegenwärtigen Stand des Wechselkurses. Währenddessen weigern die deutschen Kapitalisten Vermögen auf Vermögen und erklären im Voraus, ein Nachwort zu dieser Meldung ist überflüssig.

Uebertritt der Reichsgewerkschaft zum Deutschen Eisenbahner-Verband?

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner an den Deutschen Eisenbahnerverband das Geladen gerichtet, mit ihr in Verhandlungen über eine Verknüpfung der beiden Gewerkschaften einzutreten. Der Deutsche Eisenbahnerverband soll sich hierzu bereit erklärt haben. Das Blatt bemerkt, daß die Verknüpfung zu einer von Renne und Scharfamerl betriebenen Kapitalisierung der Eisenbahnen führen werde.

Sie verdienen noch nicht genug.

Wie in Leipzig, sind auch in Halle gestern (sonntägliche) Besetzungen und Wärdereien im Eisenbahnbereich mit der Arbeiterkassen geschlossen worden, weil der Kapitalist einen nach Ansicht der Arbeiter zu niedrigen Preispreis festgesetzt hat.

Wichtigster Streik in Hamburg. Mit der gestrigen Nacht fingen die Hamburger Hafenarbeiter über den gesamten Zeitraum in den Streik wurde die notwendige Dreiviertelmeile für den Streik nicht erzielt. Der Streik ist also abgelehnt.

Die französischen Geschädigten verlangen von neuem die Mitarbeit deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Das französische Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ berichtet: Auf Vorschlag von Herrn Doucardme hat der Generalrat des Bezirkes Aisne folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß es bei den jetzigen internationalen Verhältnissen sehr schwierig erscheint, die Lösung des Reparationsproblems allein durch finanzielle Mittel zu erwarten und in Erwägung, daß noch nicht einmal der Vertrag von Wiesbaden in Richtung getreten ist, wiederholen wir unsere früheren Wünsche und fordern die Regierung auf, die Ausführung der deutschen Zahlungen und der Beiträge zu verlangen, nach denen Deutschland uns Materialen und die Arbeitsträfte liefern soll, um die Wiederaufbauarbeiten vorzunehmen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

100% Beitragserhöhung.

Die erweiterte Sitzung des Parteivorstandes Breslau (Land)-Neumarkt beschloß gegen 1 Stimme, die Parteibeiträge vom 1. Juli ab um 100% zu erhöhen. Es zahlten also dann männliche Mitglieder pro Woche 2 Mark und weibliche Mitglieder pro Woche 1 Mark. Dieser Beschluß gilt als Vorschlag für die Bezirkskonferenz, die am 25. Mai, am Himmelfahrtstage, stattfindet.

Aus der Provinz Schlesien.

An alle Ortsgruppenleitungen!

Zu der am 25. Mai stattfindenden Bezirkskonferenz haben einige Ortsgruppen irtümlich Delegierte gewählt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß eine Bezirkskonferenz nur aus dem Bezirksvorstand, den Parteisekretären und den Kreisverwaltern besteht, eine Delegiertenwahl also nicht nötig ist. (§§ 5 und 7 des Organisationsstatuts.)

In unserem Rundschreiben vom 5. Mai haben wir nur gesehen, in einer Mitgliederversammlung Stellung zu nehmen und uns die Ansicht der Mitglieder zur Beitragsfrage mitzuteilen. Der Bezirksvorstand.

Ein Bombenattentat

auf unjer obereschlesisches Parteiblatt.

Im Laufe der vergangenen Nacht ist auf die Druckerei des in Kattowitz erscheinenden sozialistischen „Volkswillen“ ein Dynamitanschlag verübt worden. Bei Arbeitsbeginn fand man im Schnellpressenraum zwei größere Dynamitbomben, die durch das Fenster hineingeworfen worden waren. An beiden Sprengkörpern hat die Jüngerung versagt, jedoch die beabsichtigte Wirkung verfehlt wurde. Immerhin hat der Druckereibetrieb durch den Anschlag eine erhebliche Störung erlitten, da der Maschinenraum auf polizeiliche Anweisung gemäumt und erst die Entfernung der Sprengkörper durch Organe der internationalen Kommission abgewartet werden mußte.

Dazu schreibt der „Volkswille“: Wir waren auf Anschläge ähnlicher Art seit Tagen vorbereitet. Polnische Wärdereien hatten bekanntlich mehrfach gehöhrt, die Nacht gegen uns anzuwenden. Ferner ist der in unserer Zeitung bereits genannte Pole Langosch am Sonnabend zweimal, vormittags und nachmittags, in unserer Geschäftsstelle in Kattowitz erschienen, hat dort Stempel gemacht und Gemaltnahmen gegen unsere Druckerei angekündigt. Er erklärte dort, er werde sofort nach Kattowitz fahren.

Der finale Anschlag gegen unsere Druckerei offenbart wieder die Lage deutscher sozialistischer Druckereien in Polen. Nachdem selber schon die sozialistische Druckerei der „Volkzeitung“ in Bromberg zerstört worden ist, lag nur an der schlechten Beschaffenheit der beiden Dynamitbomben angebrachten Zündschnuren, die feucht waren und infolgedessen nicht verpufften. Unsere Leser werden sich erinnern, daß bereits in den Matagen des vorigen Jahres — und zwar am ersten Aufstandstage früh — ein Sprengkörper kleineren Formates in den Hof unseres Druckereigrundstückes geworfen wurde, der indes nur Fenster Scheiben kaputt schlug. Diesmal war die Sache wesentlich großzügiger gemacht worden und wenn die Geschosse gefallt hätte, würde von der Druckerei des „Volkswillen“ heute wahrscheinlich nicht mehr viel vorhanden sein. Es handelt sich um selbsthergestellte Bomben im Gewicht von drei bis fünf Kilogramm. Die Füllung besteht aus „Chlorat Badurict“, sie entzündet den Ignitionswert in Kruppamühle. Jede Bombe ist mit etwa 40 bis 50 Stück 120 Gramm Packungen gefüllt.

Zwei Kreis Konferenzen in Schweidnitz.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine des Kreises werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 21. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, in Schweidnitz, im Gasthaus Zum Rosental, Reichenbader Straße, eine Frauenkonferenz

abgehalten wird.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Anjorge M. v. R. über Wohlfahrtsfrage, 2. Vortrag der Genossin Fils über Politik und Organisation, 3. Stellungnahme zum Parteitag in Augsburg, 4. Verschiedenes. Jeder Ortsverein ist verpflichtet, mindestens eine Frau zu entsenden, auch die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, teilzunehmen. Die Kreistagsabgeordneten sind ebenfalls hierzu eingeladen. Mitglieder, besonders Frauen, haben Zutritt.

Sonntag, den 28. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, findet noch eine Konferenz in obgenanntem Lokal statt, an der alle

Gemeindevorsteher, Kreisratsmitglieder,

Gemeindevorsteher, Kreisratsmitglieder, Schöffen, Gewerkschaften, Magistratsmitglieder und Stadionsordnere, herbei zu unserer Partei angefordert, eingeladen sind. Vortrag des Genossen Jarotta (Bezirksvorstand) über: „Die neuen Kommunal-Verfassungsgesetze“. Pflicht aller eingeladenen Genossen und Genossinnen ist es, an diesen Konferenzen teilzunehmen. Anfang ganz bestimmt 8 1/2 Uhr. — Bitte die Fragebogen bald einzusenden. R. Hantsch, Parteisekretär.

Unsere Bilanz.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:		
	15. 5.	18. 5.
1 amerikanisches Dollar	256,89 M.	256,89 M.
1 englisches Pfund	1272,90	1288,35
1 französisches Franc	26,19	26,34
1 italienisches Lira	110,51	111,61
1 spanisches Peseta	54,93	55,59
1 Schweizer Franken	2,80	2,85
100 österreichische Kronen	5,49	5,56
1 holländische Guilder	60,63	61,42

Partigenossen und Genossinnen!

Cure Familien-Darlegen

gegeben am 10. Mai 1922

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Distrikt 15, Außerordentliche Distriktsversammlung heute abends 8 Uhr bei Görlisch, Langegasse 48. Redner: Genosse Kaufmann.

Distrikt 22, Frauenversammlung Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr im „Reichshaus“, Weinstraße 53/55.

Arbeiterjugend, (Heim-Obsteu.) Sitzung den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Partei-Sekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 37, 2. Etg. Von jedem Heim muß der Obmann vertreten sein.

Abteilung Säben und Streblener Tor, Parteifunktionärerversammlung heute abends nicht bei Schmidt, sondern im Lokal von Lerche, Hubenstraße 95.

Der Zuderwucher.

Die katastrophale Lage am Zudermarkt — für das Pfund Zuder werden jetzt schon 24 Mark verlangt, statt 12 Mark vor noch acht Tagen — läßt sich die „Tägliche Rundschau“ von einer Fachgenossenschaft folgendermaßen schildern:

Die Zudervorräte der Industrie sind nur noch gering, nachdem fast alle Rüdenbestände verarbeitet sind, das übrige verkauft wurde. Aus Ausland ist nur ansehend wenig ankommen.

Dagegen muß festgestellt werden, daß sich ungeheure Mengen von Inlandzuder, zum Teil im Besitz des Großhandels, teils aber auch in Händen von Personen befinden, die nicht zum Handel gehören, lediglich aus spekulativen Gründen waggonweise aufgekauft haben und immer noch zurückhalten. Dabei ist gerade jetzt die Beobachtung zu machen, daß sowohl der reelle Großhandel, wie namentlich die Spekulanten, den Zuder „auf Reisen“ schicken. Der Zuder wird, da man in diesen Kreisen ein energisches Zugeschrei der Regierung und eine Beschlagnahme der Ware befürchtet, frey und quer durch Deutschland geschickt, um ihn vor einem Zugriff der Behörden auf diese Art und Weise sicherzustellen.

Die Verhältnisse haben sich jetzt bezart verschoben, daß Auslandzuder billiger als Inlandzuder ist. So kostet zum Beispiel sächsisch-schlesischer ungeschlemmter Zuder 32 Mark franko Berlin, während Inlandzuder mit 48 Mark je Kilo angeboten und begehrt wird. Es ist weiter festzustellen, daß die zuderverarbeitenden Industrien, wie Schokoladenfabriken und Süßwarenfabriken, gegenwärtig über Zuderbestände verfügen, die weit über das ihnen bewilligte Kontingent und für mindestens zwei Jahresproduktionen ausreichen. Abgesehen von den berechtigten Wünschen der Kleinerzeuger, der Hausfrauen usw. sind die Dinge soweit gebrochen, daß durch das egoistische Vorgehen der beiden genannten Industrien, die jeden Preis anzulegen vermögen, heute weite Kreise des Handels und des Gewerbes sich außerstande sehen, auch nur Bruchteile der von ihr benötigten Zudermengen zu erhalten.

Freie Wirtschaft in Reinkultur! Nicht Sozialisten, rechtsstehende Politiker geben diese Schilderung. Man fragt vergebens, ob es Wahnsinn oder ins Krankehafte gesteigerte Profitgier ist, die nach diesen Erfahrungen die Rechtsparteien noch dazu veranlaßt, gegen die Zwangswirtschaft aufzutreten. Milliarden schneidet der Zwischenhandel, niemand kontrolliert ihn — und die Zuderindustrie, die nur Preise heraussehen, angeblüht aber nicht für eine geregelte Verteilung sorgen kann, kommt auch glänzend dabei weg.

Das Volk selbst muß erkennen, wo seine Feinde sind, die ihm den Zuder als Süß- und Schokoladen massenweise anbieten, den Verbrauchszucker aber trotz des Wagenmangels der Eisenbahn beliebig „auf Reisen“ schicken. Daß dieser Volkseitzug auf Veranlassung und unter Führung der Landbändler erfolgt, eröffnet die herrlichsten Aussichten für die Ernährungswirtschaft, wenn die bürgerlichen Parteien aller besseren Einsicht und Erfahrung zum Trotz die Getreideumlage zu Fall bringen sollten!

Breslauer Baumeisse.

18. bis 20. Mai.

Die kommunale Wohnungsbaupolitik ist allenthalben ein Gegenstand heftigen Streites geworden. Niemand leugnet, daß infolge völligen Stillstandes der Bauwirtschaft seit 1914 ein Wohnungsmangel eingetreten ist, der zurzeit auf keine Art und Weise radikal beseitigt, sondern nur mit außerordentlichen Opfern gemildert werden kann. Die Lage hat sich infolge der maßlosen Verteuerung aller Baustoffe und Arbeitslöhne ständig verschlimmert. Die private Bauwirtschaft hat zum großen Teil versagt und versagen müssen. Die Tätigkeit von Baugesellschaften, die zum Teil mit öffentlichen Mitteln ausgestattet sind und erst recht die der sogenannten sozialen Baubetriebe, wird von den privaten Unternehmern andauernd heftig bekämpft. Da ist es denn mit Freude zu begrüßen, daß sich die Siedlungsgesellschaft Breslau entschlossen hat, auf der diesjährigen Breslauer Baumeisse eine Uebersicht über ihre bisherige Tätigkeit zu geben. Diese Siedlungsgesellschaft verfügt zurzeit über ein Kapital von 3 Millionen Mark, das zur Hälfte vom Magistrat Breslau, zur anderen Hälfte von Handel und Industrie, Privaten und Gewerkschaften aufgebracht worden ist.

Trotz größter Schwierigkeiten wurden im Spätjahr 1920 die ersten Wohnungen fertiggestellt und bezogen. Im Frühjahr 1921 waren bereits 264, im Frühjahr 1922 insgesamt 392 Kleinwohnungen bezogen und in den nächsten Wochen sollen weitere 82 belegungsfähig sein. 280 Wohnungen sind zurzeit im Rohbau vollendet, 327 sollen noch im Jahre 1922 erstellt werden, so daß Ende des Jahres 1922 etwa 1081 Kleinwohnungen mit insgesamt 52 040 Quadratmeter Wohnfläche im Werte von etwa 198 Millionen neu erstellt sein werden.

Das bedeutet zweifellos einen ansehnlichen Erfolg. Die Siedlungsgesellschaft Breslau führt die Bauten nicht selbst aus. Sie beschafft zwar die Baustoffe in größtem Umfang, überträgt aber die Handarbeit den Privatarchitekten und die Ausführung der Bauarbeiten an Unternehmungen der verschiedenen Berufsstände.

Zur Bebauung kamen in der Hauptsache zwei Gebiete, das eine in Zimpel, das andere in Hapelmühl. Es sind indessen in verschiedenen Stadtteilen auch Grundstücke an fertig gepflasterten Straßen erworben und es sind mehrgeschossige Häuser in sogenannten Baukäufen erstellt worden.

Die größte Schwierigkeit bleibt fortgesetzt die Beschaffung ausreichender Mengen von Baustoffen. Die Gesellschaft ist daher dazu übergegangen, eine eigene Ziegelei zu erwerben und ein eigenes Hütten- und Sägewerk auszubauen.

Stark bekämpft wird die Vergabe von Arbeiten an die sozialen Bauämter, die die ihnen übertragenen Arbeiten aber durchaus nicht zur Durchführung gebracht haben.

Bei Vergabe fertiger Wohnungen werden Kriegsbeschädigte und Kriegsverletzte bevorzugt. Die Wohnungen bestehen

durchschnittlich aus Küche und zwei Zimmern und jeder von ihnen ist ein Garten von etwa 100—200 Quadratmeter Fläche zugeteilt.

Über alle diese Verhältnisse wird in der Messeausstellung der Siedlungsgesellschaft reichliches Material den Interessenten vorgeführt werden.

Wie sich andere Kreise die Lösung des Wohnungsproblems vorstellen, wird vor allen Dingen durch die schlesische Heimstätte (Provinzialen Wohnungsfürsorge) gezeigt werden.

Im übrigen wird auf der Baumeisse so ziemlich alles gezeigt, was in unendlichen Mengen zu Bau- und Innenausstattungen gehört: Steine und Ziegeln der verschiedensten Systeme, Drahtziegel, Holz- und Holzwerkstoffe, Klinker und Verblender, Gipsputz, Steinzeug und Wandplatten, Dachpappen und Dachsteine, Farben, Beschläge, Glas und vieles andere.

Zur Baumeisse gehören aber auch die Einrichtungen für Ziegeleien, Zementfabriken und Tonwarenfabriken, die von bekannten Firmen zur Ausstellung gelangen, sowie vor allen Dingen Baugewerkzeuge und Baugeräte, wie Aufzüge, Transportanlagen, Betonmischer, Bauwinden, Stampfmächinen, Mörtelmischmaschinen und das vielfältige Handwerkzeug, das vielfach in der Abteilung für „Werkzeuge“ an den verschiedensten Stellen ausgestellt ist.

Die nächste Zeit wird unter allen Umständen zur Behebung des Wohnungsnotstands eine gesteigerte Bautätigkeit gebieterisch erfordern. Aber neben der Errichtung von Neubauten ist von nicht minderer Bedeutung die Erhaltung der vorhandenen Baulichkeiten und die Verbilligung des Bauens. Durch die neueren gesetzlichen Maßnahmen, wie die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus und des Mietminderungsgebot werden erhöhte Mittel für die Behebung der Bautätigkeit gewonnen werden. Um so dringender ist es nötig, daß alle die mit diesem fast wichtigsten Problem unserer Tage zu tun haben, sich über die Neugebungen des Baugewerbes unterrichten und der Baumeisse ihre besondere Aufmerksamkeit schenken.



Die Teuerung schreitet fort.

Sobald ist das Brot, das wichtigste Nahrungsmittel, wiederum erheblich teurer geworden. Alle anderen Nahrungsmittel steigen ebenfalls dauernd im Preise. Die Errechnungen des Bohnamtes ermöglichen es der arbeitenden Bevölkerung, einigermaßen, nicht völlig, mit der verteuerten Lebensmittel Schritt zu halten. Der Körper muß, wenn er arbeiten und schaffen will, die notwendige Nahrung haben. Niemandem wird es einfallen, wegen der Teuerung auf die Nahrung zu verzichten.

Aber ebenso wie auf dem Gebiete der Lebensmittel wächst die Teuerung auf jedem anderen Gebiete.

Auch alle Materialien für die Zeitungsherstellung steigen dauernd im Preise. Trotzdem hat die „Volkswacht“, während alle anderen Breslauer Zeitungen den Bezugspreis schon am 1. Mai erheblich erhöht, verzagt, durchzuhalten. Nur

unter schweren Opfern, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung,

ist ihr dies möglich gewesen. Sollte aber die Zeit kommen, wo sie, der Not gehorchend, ebenfalls wieder ihren Preis steigern muß, wolle ihr

sie deshalb aus dem Hause jagen?

Wie zur Erhaltung des Körpers das Brot, braucht ihr zur Erhaltung Eures Geistes die geistige Nahrung, die „Volkswacht“. Niemand sollte so töricht sein, sich seiner Nahrung zu berauben. Niemand sollte so ungerecht sein, und die Not seiner Zeitung nicht anerkennen. Hinter der bürgerlichen Presse steht

mit riesigem Kapital die Industrie.

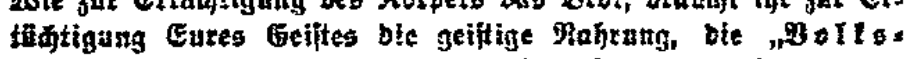
Wer steht hinter der „Volkswacht“?

Jeder einzelne von Euch aus der arbeitenden Bevölkerung!

Keiner verlasse ihr, wenn es gilt, ihr zu geben, was sie zum Leben braucht! Oder wolle ihr

Euch selbst Eurer Waffe berauben und wehrlos der bürgerlichen Presselemente ausgeliefert sein?

Beweist Eure Solidarität und haltet geschlossen die Treue der „Volkswacht“!



Das Messerfest.

Für das Messerfest, das der Fremdenverkehrsverein Breslau im Einvernehmen mit der Breslauer Messe-Gesellschaft am Freitag, den 19. Mai, im Zoologischen Garten veranstaltet, ist außer den bereits am Sonntag genannten Künstlern des Stadttheaters, der Vereinigten Theater und des Filartheaters nunmehr noch der bestens bekannte Epischer Männerchorverein gewonnen worden, der im Verlaufe des Gartenfestes Frühlings-, Volks- und andere Lieder vorzutragen wird. Er stellt dafür einen Chor von 120 Sängern zur Verfügung. Der Fackelzug wird vom Turnverein „Vorwärts“ unter Leitung von Stabturninspektor Mühlner ausgeführt werden und zwar von 100 Turnern. Die Illumination des Gartens, das Feuerwerk und die Feuerfontänen werden ein überiges tun, um das Gartenfest außerordentlich eindrucksvoll und schön zu gestalten. Die hochkünstlerischen Vorträge der Mitglieder des Stadttheaters, der Vereinigten Theater und des Filartheaters werden während des Tages im Koffelhause und Schieferhause erlebend gebracht. Der Fremdenverkehrsverein Breslau will mit diesen Festen, dem Beispiel großer Städte folgend, Breslau allmählich mehr und mehr zur Fremdenstadt machen. Die Unterstützung des Festes durch starken Besuch liegt daher im Interesse von ganz Breslau.

Ein deutsches Lesebuch aus dem Jahre 1922.

Zu diesem Zweck hat am 4. Mai schreibt uns der Präsident des Provinzialschulraths, das Mitglied des höchsten Provinzialschulraths, Geheimregierungs- und Oberlehrer Dr. Jansen, hat an dem unter seiner Mitwirkung herausgegebenen „Deutsches Lesebuch

für Jungen und höhere Mädchenschulen von H. Rippenberg „zur insoweit mitgearbeitet, als er vertragsmäßig und tatsächlich nur an der grundlegenden ersten Neubearbeitung beteiligt gewesen ist, die auf Grund der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens von 1908 in den Jahren 1908—1910 stattfand. In den dieser ersten Neubearbeitung folgenden Neuaufgaben und Neudrucken hat er nicht mehr mitgewirkt. Auch die infolge des Ministerialerlasses vom 18. 9. 1919 vorgenommene Durchsicht ist ohne seine Mitarbeit allein durch den Hauptverleger, Direktor Prof. Dr. Rippenberg in Bremen, erfolgt. Für die Art dieser Durchsicht, bei der zwar alle auf Kaiser Wilhelm II. und seine engere Familie bezüglichen Feststände entfernt, die auf die Vorarbeiten des letzten Kaisers sich beziehenden Stücke allerdings belassen worden sind, trägt Oberlehrer Dr. Jansen demnach nicht die Verantwortung. Die in dem Umschlag vom 4. Mai erwähnte 59. Auflage von 1922 dürfte ein herkömmlicher Neudruck der durchgesehenen Ausgabe von 1919 (1920) sein, der nur mit einem neuen Titelblatt versehen ist. Ein im November 1921 ergangener Ministerialerlass, der bereits eine Anzahl von Stücken über das Hohenzollernhaus beanstandete, ist vom Provinzialschulrath pflichtgemäß den nachgeordneten Anstalten zur Beachtung mitgeteilt worden.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß niemand in Breslau für das Lesebuch verantwortlich sein will. Wir hoffen aber, daß für das Buch in der jetzigen Form bald ein Ersatz geschaffen wird. Dafür sollte im preußischen Landtag einmal dem Kultusminister eine deutliche Mahnung gegeben werden.

Bezirksportkartellung.

Am 14. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine Sitzung des Kartells der Arbeiterportvereine aus Breslau Umgebung statt. Leider konnte wegen schwachen Besuchs die Tagesordnung nicht erledigt werden, die doch in Anbetracht des nahen Reichs-Arbeiter-Sport-Tages so wichtig war. Wenn auch die Mehrzahl aller Vereine schon ihre rein sportliche Tätigkeit aufgenommen haben, so muß es doch auch auf einen Delegierten für die organisatorischen Aufgaben reichen.

Die Arbeiterschaft steht vor großen Kämpfen um die Verteidigung ihrer heiligsten Güter. Die Gegner aller Schattierungen schmeiden die Waffen, wolle ihr Sportler warten bis ihr ganz entschlossen seid, bis ihr ganz Sklaven geworden? Wer für die ernüchterte Abwehr jeder Reaktion ist, der Sorge für den Besuch einer Sitzung des Kartells am Sonntag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Ihr könnt auf Redern auch einmal am Sonntagabend nach Breslau kommen, die Sitzung wird bei Dunkelheit nur bis 9 Uhr dauern. Sportgenossen werdet ernst, die Zeit ist hart!

Das Recht zum Streiken.

Die Verfassung gibt jedem Staatsbürger das Recht zum Streiken. Das scheint unsere Polizei noch nicht zu wissen, sonst hätte sie den Hausmeistern, die auch nur ihr verfassungsmäßiges Recht ausüben und sich durch den Streik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen wollten, keine Strafbefehle geschickt. Wenn die Hausmeister streiken, bleibt natürlich ihre Arbeit ungetan. Und wenn des Abends keine Treppen beleuchtet werden und am Morgen die Straße nicht gefegt wird, so ist das nicht die Schuld der Hausmeister, denn sie wollen ja arbeiten, aber nicht umsonst.

So hatte auch ein Hausmeister einen Strafbefehl über 30 Mark bekommen, weil die genannten Arbeiten nicht gemacht worden waren. Da sich der Hausmeister im Recht befand, hatte er gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben. Vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt sogar eine Erhöhung der Strafe auf 75 Mark. Dem was hätte alles auf der sinkenden Treppe passieren können! Das Gericht sprach den Hausmeister schließlich frei; denn dieser konnte der Aufsicht sein, daß er während eines Streikes die Arbeiten nicht auszuführen habe.

Bestrafte Schleichhändler.

Wegen Betrages in Lateinität mit Vergehen gegen die Meßverordnung ist der Bäckermeister Karl Seher, Matthiasstraße 159, zu 2000 Mark, wegen unerlaubter Abgabe von markfreien Backwaren und Preis treiberei der Kaufmann Hans Weber, Schußbrücke 79 zu 1800 Mark, wegen unerlaubten Handels der Kaufmann Karl Michael, Dienersstraße 62/64 zu 1500 Mark und wegen Schleichhandels der Handelsmann Emil Kuhnert, Neue Weltgasse 39 zu einer Geldstrafe in gleicher Höhe verurteilt worden. Ferner wurden von den zuständigen Gerichten folgende Strafen verhängt: Von einer Woche Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe wegen Schleichhandels und Uebertretung der Verordnung über Speisefette über den Deutschen Arbeiter von Wozoniede, Sabowastrasse 12; von drei Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe wegen Preistreiberei und Vergehens gegen die Bekanntmachung über den Handel mit Arzneimitteln über den Drogerien Walter Jendel, Bahnhofstraße 7; von je drei Tagen Gefängnis und je 50 Mark Geldstrafe wegen Uebertretung der gleichen Bekanntmachung und Schleichhandels über den Dreher Georg Reichmann und den Kontoristen Fritz Hanke; endlich von einem Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe wegen Schleichhandels über den Obstpächter Wilhelm Rieke, Universitätsplatz 19.

* Kartoffelpreis. Der Ausschuh zur Ermittlung angemessener Kartoffelpreise hat in seiner Sitzung vom 15. Mai 1922 den Preis auf 150 Mark pro Zentner Speisekartoffeln als Verkaufsaktion des Erzeugers für die Provinzen Nieder- und Oberschlesien herabgesetzt.

* Künstlicher Wetterbericht. Eine tiefe Depression liegt an der nordwestlichen Küste und scheint ostwärts fortzuschreiten zu wollen, während ein Hochdruckgebiet über dem Festlande mit dem Kern über Südwesteuropa lagert. Am Dienstag ist warmes Wetter bei zunehmender Bewölkung und lebhafterem Winde aus südlicher bis westlicher Richtung zu erwarten.

* Ein Heimarbeitler schreibt uns: Das Personal der Firma H. Wolf, Kreuzberger, Reußstraße 7, veranstaltete am Sonntag, den 13. Mai ein Fest, zu welchem sämtliche Arbeiter, die außerhalb des Hauses für die Firma tätig sind, eingeladen wurden. Mit einem Sonderzug der Kleinbahn begaben sich die Teilnehmer um 3 1/2 Uhr nach Hünern, woselbst alle Vorbereitungen getroffen waren, den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Sowohl an Speise und Trank, als auch an angenehmen Vorträgen, Spiel und Tanz wurde das Beste geboten. In verschiedenen Ansprachen wurde Herrn Kreuzberger gedankt. Das gute Einvernehmen zwischen Chef und Angestellten bzw. Schneidern wurde hervorgehoben und für das weitere Gelingen und Gedeihen der Firma die besten Glückwünsche dargebracht. In gemühtlicher Stimmung blieben alle Gäste bis 2 Uhr zusammen, um dann wieder mit dem Entzug die Heimreise anzutreten. An dieser Stelle sei auch allen denen, die zur Bekämpfung des Festes beigetragen haben, noch einmal herzlich gedankt.

* Ein Ungerische Stiftung für junge Kaufleute. Die Stiftung hat den Zweck, bedürftigen, aufstrebenden, jungen Kaufleuten behelfend Geldschicks, vorzugsweise der jüdischen Religion, Stipendien zur Förderung ihrer Ausbildung (Besuch von Handelshochschulen, Fachschulreisen, Ausbildung und Reisen im Auslande und dergl.) zu gewähren. Gesuche sind bis 15. Juni 1922 an das Magistratsamt, Hünernplatz 16, III, anzulegen. Den Bewerbern, die auch über die persönlichen Vermögensverhältnisse des Bewerbers Auskunft geben müssen, sind Gehalt und Ausbildungsangabe in kaufmännischer Schrift beizufügen. Angewandt ist ferner, zu welchem Zwecke das Stipendium erbeten wird.

Prof. Zickler über den 3. Bismarck-Band.

Ueber den 3. Band von Bismarcks „Gedanken und Entwürfen“ sprach in der historischen Sektion der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur“ vor zahlreichem Publikum der Breslauer Historiker Professor Zickler.

Der Vortragende enthielt sich in keiner Aufbedung des historischen Letztstandes der politischen Verhältnisse und die kurze Diskussion folgte ihm darin.

Der lästige Ausländer

Er mag wieder von sich reden. Nachdem er in Breslau vor der Öffentlichkeit ziemlich rühmlich gemacht, geht man seine Geisteserzeugnisse nur noch in der auswärtigen Rechtsprelle.

der genau das enthält, was ihm die sozialdemokratische Anfrage zum Vorwurf macht.

„Die Frage nach der Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung muß von jedem verneint werden, der zwischen Macht und Recht scheidet.“

Freilich erklärt Freitag-Vortragenden hinterher, daß man sich der Verfassung nicht offen widersetzen dürfe, aber er tut dies mit folgender Begründung:

„Deshalb muß der Verfassung Gehorsam bezeugt werden, ebenso wie den Verordnungen einer Besatzungsmacht.“

„Wie lange soll denn der Mann noch auf die Breslauer Studenten losgelassen bleiben? Junge Leute, die sich von solchem „Geiste“ nähren, sind doch im Staate einfach nutzlos zu gebrauchen.“

Und nun gar die moralische Seite der Sache! Der Deselerer steht ganz verneint sein Professorenamt ein, von einem Staate, den er nicht anerkennt.

„Wemigstens haben wir bisher noch nichts davon gehört, daß er von der Republik kein Geld genommen hätte.“

„Nur nicht solche Unmoral ihre Kreise ziehen, und einen Teil der Jugend mit verlocken? Auf Desel mag solche Moral heimisch sein, bei uns darf sie jedenfalls nicht hoch kommen.“

„Deshalb ist es gründlich abgemacht, daß der Freitag kein Holentopf mehr zurechtzieht. Mag er nur auf Desel wieder seinen Sitz nehmen.“

Aber natürlich!

Die „Schlesische Zeitung“ berichtet heute, daß entgegen der Meinung der „Kollwachs“ die Strafkammer, die den Paul Goitsch von der „Tagespost“ wegen der hahnhehrenden Beselbungen des Ministers Georing nicht verurteilt, nicht aufgeföhrt worden ist.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

„Über natürlich!“ Wir befehlen uns sogar zu versichern, daß die „Schlesische“ recht hat.

gleich, 63 durch Zuriinnahme des Urtrages und 407 auf andere Weise.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Die Festlegung des Mietes. Von den erledigten Urträgen fallen 318 unter die Mietesetzverordnung vom 23. September 1918 und 88 unter die Verordnung des Wohnungsministers vom 9. Dezember 1918.

Bereinskalender.

Matschereunde. Sonnabend, den 20. und Sonntag, den 21. Mai, Fahrt zur Hüttenweihe in Striegau.

Familiennachrichten

Am 13. Mai verschied sanft nach sehr langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante.

Sonntag, den 14. Mai, nachts 2 Uhr, verschied unser liebe Kollege, der Verschworene.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Am 13. Mai 1922, früh 5 1/2 Uhr, verschied unser Freund und Vereinskollege, der Goldarbeiter.

Achtung! Goldenes Kettenarmband. Montag am Ring verloren.

Geplauderwanda! Spez.-Art. Sp. Baumgarten Hofstadt.

Zentralverband der Schuhmacher

Donnerstag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Bürgergarten, Eingang Weiden- und Lajchenstraße, für alle im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Personen: Allgemeine Versammlung.

Felicien-Quelle. Tafelgetränk ersten Ranges. Natürliches Mineral und Gesundheitswasser.

gerühm. Dillatoh-Räden-6ped. 1924

Advertisement for a mechanical device with an image of a woman's face and technical details.

Arbeiter

Mitte 40er Jahre, in langjähriger Stellung, wünscht Bekanntschaft mit Damen bis zu gleichem Alter zu machen.

Altmetalle. Alteisen. Rohprodukte. Breslauer Metall- u. Eisenverwertung.

Altmetalle. Eisenfässer. Zu kaufen gesucht.

Zum Verkauf. 1 Bett mit Matratze. 1924

Arbeitsmarkt

Betonpoliere. Eisenbetonbaugesellschaft Dittmar Wolksohn & Co.

Zeitungsträgerinnen. Expedition der „Bollswacht“, Markt 4/6.

Frauen u. Mädchen. Näherin. Kleiner Anzeigen.

Näherin. Kleiner Anzeigen. Kleiner Anzeigen.

Führende Häuser des Breslauer Großhandels.



**Aktiengesellschaft
für Webwaren und Bekleidung**
Breslau 5, Gartenstraße 7

E. Levin
Pelze - Felle - Hüte
Breslau 5
Theaterstraße 4

Berlin C.19 - Königsberg i.Pr. - Leipzig
Neue Grünstraße 31 Steindamm 128/129 Nikolaistr. 20/20

Moritz Herrnstadt

Kleiderstoff-Großhandlung
BRESLAU I :: Karlstraße 30

Jacobowitz & Silberstein

Gegr. 1884 Textilwaren en gros Gegr. 1884
Ständiger Neueingang in Leinen- und Baumwollartikeln jeder Art
Antonienstr. 2/4 (Pokoyhof) BRESLAU I Fernsprecher Ring Nr. 552

M. Forell & Co.

Großhandlung
Kurwaren - Knöpfe - Posamenten
Spitzen - Stickereien - Bijouterien
Haarschmuck
BRESLAU I
Karlstraße 36
Fabrikation
moderner Weißwaren
Gürtel - Hosenträger

Israel & Skupin

Kurzwaren Knöpfe Besätze
Breslau
Büttnerstraße 89/93
Königsberg Ostpr.
Steindamm 128/129

Berthold Loewenberg

Kleiderstoff-Großhandlung
BRESLAU I, Schloßhölle 5, Ecke Dorotheengasse
Tel. Ring 5696

Gebr. Peiser

Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik
Schweidnitzer Straße 38/40 BRESLAU
Telephon Ring Nr. 2568

Louis Weiß

Ledergroßhandlung

BRESLAU I - Wallstraße 13 - Telephon Ring 1493 und 7862

A. Graebisch

Lederlager und Kommission

BRESLAU I - Roßmarkt 11 - Telephon Ring 308

Hermann Scholz

Ledergroßhandlung

Gegründet 1886
Breslau I :: Antonienstraße 2,4
Fernsprecher Ring 794
Reichsbank-Girokonto: Städtische Bank
Postcheckkonto 121

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Abfahrt Freiburger Bahnhof Ankunft
Richtung Hirschberg.
Görlitz-Berlin 500 W 647
Görlitz 80 1245 W bis Canth, Sonntags
bis Königszelt 1352
Königszelt 515
Hirschberg 440
Kohlfurt 625
Dittersbach 1012
Verzögerung.
Canth 485 W
Schmolz 605 W
Richtung Bautsch-Lissa.
Hbf. 615 757 1142 911 620 822 1122
Frh. Bhf. 1245 W 535 W 625 W 1245 W 140
255 W 405 W 541 W 625 W 745 W
Richtung Stettin a. O.
Schmiedefeld 355 W
Steinan 440 1220 April bis Sept. 1120
Raudten 530
Dyhernfurth 140 W
Richtung Hirschberg.
Hirschberg 744 905 915 1224
Kohlfurt 905 114
Görlitz 355
Königszelt 610 822 Sonntags
Verzögerung.
Canth Oktober bis März 609 W 246 W
Schmolz 627 W
Richtung Gostoch-Lissa.
Hbf. 400 W 845 1048 133 515 822 1124
Frh. Bhf. 515 W 625 W 733 W 136 W 245
354 W 522 W 725 W 805 S 847 W
Richtung Stettin a. O.
Steinan 630
Raudten 1011
Dyhernfurth 333
Schmiedefeld 454
Wohlan 638 W 822 Sonntags.

P. KLOSS

Elektrische Licht- und Kraftanlagen.
Fabrik und Lager mod. Beleuchtungskörper.
Ständiges Lager elektrischer Maschinen,
Heiz- und Kochapparate.
Ingenieur-Büro
BRESLAU I, Nikolaistraße Nr. 7
Fernsprecher Amt Ring 4467
Gegründet 1842

Heymann Daniel

Breslau XI, Büttnerstraße 1
Leder-Großhandlung
Ständiges Lager von Ober- und Unterleder
Spezialität: Möllsche & Sagerche Fabrikate

Thorwarth & Hielscher

Breslau, Tauentzienstraße 41
Telephon: Ring 3495 und 7601
Fahrräder und Teile en gros
D.K.W. Hilfsmotoren Lieferung nur an Händler

Fritz Sachs & Co.

Kleiderstoff-Großhandlung
Breslau
Karlstraße Nr. 35
Gegründet 1868
Berlin
Spandauer Straße 29

B. GUTTENTAG

Herren- und Knabenkleiderfabrik
Gegr. 1850
BRESLAU I Büttnerstraße 26/27
Tel. Ring 1797

HOFFMANN & COHN

Engros Strumpfwaren = Trikotagen
Handschuhe = Wollwaren Export
BRESLAU I, Schloßhölle Nr. 16, an der Karlstraße

Reserviert

Caesar Reichert

Breslau Karlstraße 12
Leinen- und Baumwollwaren-Großhandlung
Telephon Ring 924

Goldenkranz & Grünfeld

Breslau I. Karlstraße 40/41
Trikotagen-, Strumpfwaren- und Wollwaren-Großhandlung

Leopold Loewenstein

Handschuhe, Strümpfe, Trikotagen. Lagerbesuch lehnend
Breslau, Karlstraße 10, Telephon Ring 2223

David & Schäfer

Wachstuch, Läufer, Teppiche, Decken und Gardinen en gros
Breslau Karlstraße 2/10 Tel. Ring 1435

Brodek, Lewin & Co.

Herren- und Knabenkleiderfabrik
BRESLAU, Schweidnitzer Straße 10/11 - Telephon Ring 3394

Pollack & Adler

Herren-Kleider-Fabrik - Breslau, Pokoyhof - Telephon Ring 3687

Mützen, Filz- und Strohhüte

Gebüder Cohn
Breslau 4 - Antonienstraße 2/4, am Karlsplatz - Pokoyhof
Reichhaltige Kollektion - Große Lager - Muster gegen Referenzen an Diensten

Adolph Caro - Breslau

Spezial-Hosenfabrik
Karlstraße 36, III. und IV. Etage - Telephon Ring 7266